

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)

Die INSM setzt grundsätzlich auf verknappte und zugespitzte Botschaften. Diese werden nicht zuletzt über Anzeigen in die Öffentlichkeit transportiert. Zur Studiengebührendebatte illustriert die Initiative mit der hier abgebildeten Anzeige ihre Position (Abb. 2): Sie öffnet sich – anders als bei ihren Argumentationen zu sonstigen Themen – einer Sichtweise, die auf Verteilungsgerechtigkeit fokussiert, und stellt fest, dass Studiengebühren nicht verteilungsgerecht seien, da über den Weg der öffentlichen Finanzierung mehrheitlich Nichtakademiker zur Studienfinanzierung herangezogen würden: „Ist es nicht ungerecht, dass ein Kfz-Mechaniker einem Rechtsanwalt das Studium bezahlt? Und das, obwohl der Rechtsanwalt später im Berufsleben von seiner Ausbildung finanziell profitiert? Genau wie Ärzte, Ingenieure, Manager und, und, und? Ihr Einkommensvorteil wird von allen Steuerzahlern, mit und ohne Studium, finanziert. Diese Ungerechtigkeit kann durch Studiengebühren und speziell ausgewogene Bildungskredite beseitigt werden“, so lautet der Anzeigentext.

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft entspricht damit inhaltlich einer Intervention aus der Frühphase der Studiengebührendebatte: Ein gebührenfreies Hochschulstudium „heißt faktisch nur, den höheren Klassen ihre Erziehungskosten aus dem allgemeinen Steuersäckel bestreiten“ (Marx 1976 [1875], S. 30).